

Nachhaltigkeit als politisches Schlagwort

Die Koalitionspapiere der deutschen Bundesregierungen 1957 bis 2021

Adrian Mertes

Wer sich aktuell mit dem Begriff *Nachhaltigkeit* beschäftigt, stellt schnell fest: Nicht alle, die *Nachhaltigkeit* sagen, meinen auch dasselbe. Vielmehr ist der Begriff offen für politische Gestaltungsversuche und seine Interpretation treibt bisweilen bunte Blüten im Garten der deutschen Politik.¹ Die zahlreichen Verwendungsweisen des Begriffs sind allerdings nicht vom Himmel gefallen, sondern historisch gewachsen; und bei diesem Wachsen herrschte selten Einigkeit. Vielmehr war alles, was über das grundlegende ›Denken an Morgen‹ hinausging, seit jeher Gegenstand politischer Kämpfe um die Deutungshoheit des Begriffs.²

Um den heutigen politischen Nachhaltigkeitsbegriff zu verstehen, empfiehlt es sich daher, einen Blick auf die historischen Verwendungsweisen zu werfen. Im bundesdeutschen Kontext zeigt sich hier schnell, dass sich der Gebrauch des Nachhaltigkeitsbegriffs unterscheidet – je nach Partei, je nach Legislaturperiode, je nach Koalition. Um eben diese Verwendungsweisen zu rekonstruieren, soll im Folgenden ein Blick auf die Koalitionspapiere der deutschen Bundesregierungen geworfen werden. Schließlich hatten die Parteien sich dort auf bestimmte Formulierungen zu einigen und die schriftlichen Vereinbarungen hatten politisches Gewicht. Die Koalitionspapiere dienen in diesem Beitrag folglich als Spiegel des politischen Nachhaltigkeitsbegriffs und zeichnen ein Bild der jeweiligen Legislaturperiode und der beteiligten Parteien. Im Folgenden wird sich also zeigen, welche Verwendungsweisen des Nachhaltigkeitsbegriffs sich in den Koalitionspapieren der Bundesrepublik Deutschland finden lassen, welche Rolle die jeweiligen Parteien dabei spielten und wie sich die verschiedenen Verwendungsweisen des Begriffs zueinander verhielten.

Grundsätzlich orientiert sich die folgende Untersuchung dabei an der Methode der Begriffsgeschichte. Dabei sei vorneweg betont, dass es grundsätzlich nicht darum geht, zu klären, was man unter einem Begriff – in diesem Fall unter *Nachhaltigkeit*

1 Vgl. Rödel 2013, 121.

2 Vgl. Brand/Jochum 2000.

keit – verstehen sollte. Es geht vielmehr darum, zu rekonstruieren, was jeweils zu einer bestimmten Zeit darunter verstanden wurde.³ Im Folgenden sollen zwei Ebenen unterschieden werden: Auf synchroner Ebene soll zunächst der Begriffsgebrauch in seinem jeweiligen Kontext untersucht werden, also wie der Begriff *Nachhaltigkeit* von gewissen Akteuren zu einer bestimmten Zeit verwendet wurde. Anschließend werden diese Erkenntnisse auf diachroner Ebene zusammengeführt, wodurch sich letztlich der Wandel des Begriffs über die Zeit skizzieren lässt.⁴

Eine Idee formiert sich

Der erste Fund des Nachhaltigkeitsbegriffs lässt allerdings eine Weile auf sich warten. Bis in die 1960er-Jahre hinein findet er keine Verwendung, die Koalitionspläne beschränken sich in dieser Zeit auf ökonomische Themen und auf ihren damals noch wenigen Seiten ist von *Nachhaltigkeit* nicht die Rede.⁵ Eine erste Erwähnung findet sich schließlich in der Regierungserklärung von Helmut Schmidt aus dem Jahr 1974 – allerdings in einem eher unerwarteten Kontext: Schmidt spricht hier über die »nachhaltige Aufwertung der D-Mark«.⁶ Der Begriff wird hier als Adjektiv verwendet, wird also einem anderen Begriff, in diesem Fall der Aufwertung, angeheftet. Im inhaltlichen Kontext bezeichnet Schmidt diese *nachhaltige Aufwertung* als eine Maßnahme, um zwei zentrale Ziele seiner Partei zu erreichen: soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit.⁷ Die Rhetorik der Nachhaltigkeit ist hier folglich eng mit dem Bereich des Sozialen verknüpft. Ähnliches lässt sich bei dem »nachhaltigen Abbau von Arbeitslosigkeit« beobachten.⁸ Insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Begriff *nachhaltig* damals kaum verbreitet war, ist seine Verwendung daher bemerkenswert. Hinzukommt, dass Adjektive grundsätzlich nicht zu den grammatisch erforderlichen Wortarten gehören und allein ihre Verwendung schon eine bewusste und damit auch bedeutungstragende Entscheidung ist.⁹ Somit kann davon ausgegangen werden, dass der Begriff hier bewusst mit sozialem Fokus verwendet wurde.

In diesem Kontext schlägt das Soziale auch eine Brücke zur Ökologie: So wollte die Bundesregierung in ihrer Umweltpolitik den Naturschutz fördern, um die Lebensqualität der Menschen zu steigern.¹⁰ Hier zeigt sich deutlich, wie Soziales und

3 Vgl. Schlechtriemen 2019, 27.

4 Vgl. Landwehr 2008, 33.

5 Vgl. Mitteilung für die Presse 1966.

6 Regierungserklärung 1974, 599.

7 Vgl. Regierungserklärung 1974, 599f.

8 Regierungserklärung 1974, 18.

9 Vgl. Fritz 1998, 133f.

10 Vgl. Regierungserklärung 1974, 22.

Ökologie in der Rhetorik der SPD in den 1970er-Jahren zusammenhängen: Ökologie ist eine Voraussetzung für die Steigerung der Lebensqualität – und damit auch eine Voraussetzung für das Soziale. Und es geht weiter: So seien »vorsorgender Umweltschutz« (Ökologie), »Sicherung der Arbeitsplätze« (Soziales) und »Wirtschaftswachstum« (Ökonomie) als drei große Komponenten aufzufassen, die abgestimmt werden müssen, damit sie sich nicht gegenseitig bremsen.¹¹ Obwohl hier der Begriff *Nachhaltigkeit* nicht fällt, ist an dieser Stelle deutlich ein erster Dreischritt von Ökologie, Ökonomie und Sozialem erkennbar – ein wichtiges Merkmal in der Rhetorik der SPD in den 1970er-Jahren und gleichsam die Grundlage für die spätere Verwendung des Nachhaltigkeitsbegriffs seitens der SPD um die Jahrtausendwende.

Ökonomisch nachhaltig?

Analog zur soeben skizzierten SPD-Rhetorik der 1970er-Jahre lohnt auch ein Blick auf die Koalitionspapiere der CDU-geführten Bundesregierungen in den 1980er- und 1990er-Jahren. Dass sich die Rhetorik in Bezug auf Zukunftsthemen hier allerdings merklich unterscheidet, fällt schon bei der Themengewichtung auf: In den Koalitionsvereinbarungen von 1982 liegt der Fokus klar auf der Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik. Der Begriff *Nachhaltigkeit* kommt hier nicht vor, selbst der Begriff *Umwelt* ist kein Teil der Koalitionsvereinbarung.¹² In den Koalitionspapieren von 1987 dominieren ebenfalls Wirtschaftsthemen.¹³

Vor diesem Hintergrund überraschen auch nicht die ersten Funde des Begriffs *Nachhaltigkeit* in den Koalitionspapieren der späten 1980er-Jahre: Sie finden sich in einem Kapitel zur Vermögenspolitik. Dort heißt es, man wolle die Vermögensbildung von Unternehmen mittels einer »nachhaltigen Verwaltungsvereinfachung« verbessern.¹⁴ Die zunächst naheliegende Vermutung einer unreflektierten Begriffsverwendung kann hier allerdings berechtigt hinterfragt werden. Denn, wie bereits erwähnt, kann allein die Verwendung von Adjektiven eine bedeutungstragende Entscheidung sein.¹⁵ Zudem war der Begriff *nachhaltig* zu dieser Zeit bis auf forstwirtschaftliche Fachkreise kaum bekannt.¹⁶ Selbst im ökologischen Spektrum führte er nur ein randständiges Dasein.¹⁷ Außerdem ist hinsichtlich des historischen Kontexts zu beachten, dass dieses Dokument vom 12. März 1987 stammt; der im selben Jahr veröffentlichte Brundtland-Bericht, der den Begriff *sustainable* (später in

11 Vgl. *Regierungserklärung* 1974, 56.

12 Vgl. *Koalitionsvereinbarung* 1982, 1–8.

13 Vgl. *Koalitionsvereinbarungen* 1987, 1–32.

14 *Koalitionsvereinbarungen* 1987, 13f.

15 Vgl. Fritz 1998, 133f.

16 Vgl. Buschmann 2020, 37.

17 Vgl. Buschmann 2020, 32.

deutscher Übersetzung *nachhaltig*) weltberühmt machte, erschien erst im April. Es spricht also viel dafür, dass dieser damals noch kaum bekannte Begriff bewusst an jener Stelle und im ökonomischen Kontext verwendet wurde.

Die Rolle der Bildung

Der Umweltgipfel von Rio de Janeiro im Jahr 1992 brachte der Idee des *sustainable development* schließlich »weltweite Publizität und politische Gestaltungskraft«¹⁸. In dessen Folge einigte man sich in Deutschland als Übersetzung allmählich auf die Begriffskonstruktion *nachhaltige Entwicklung*, die sich auch in der Koalitionsvereinbarung von 1994 wiederfindet.¹⁹ Dabei kommt der Begriff *Nachhaltigkeit* häufig im Bildungskontext zur Sprache: So wolle man die berufliche Bildung nachhaltig stärken;²⁰ auch das gesellschaftliche Ansehen des Bildungssystems solle in diesem Sinn nachhaltig gestärkt werden.²¹ Diese Verwendung des Nachhaltigkeitsbegriffs beim Thema Bildung ist allerdings kein Zufall. Bereits im Brundtland-Bericht von 1987 hatte Bildung als Faktor der Wachstumstheorien eine zentrale Rolle gespielt.²²

Ein offener Begriff

Der Trend zur ökonomischen Verwendungweise des Begriffs *Nachhaltigkeit* lässt sich allerdings auch im internationalen historischen Kontext erklären. So übertrug die Agenda 21 – eines der Schlüsseldokumente des Erdgipfels von Rio – die konkrete Umsetzung der vereinbarten Ziele des Erdgipfels auf die Nationalstaaten.²³ Alle Unterzeichner-Staaten (darunter auch Deutschland) wurden demnach angewiesen, die Prinzipien der Agenda 21 in ihre Gesetzgebung zu übernehmen.²⁴ Dieses System führte in den jeweiligen Koalitionspapieren jedoch zu einem großen Spielraum. Denn aufgrund der sehr offenen Formulierungen in der Agenda 21 konnte beinah jede Akteursgruppe daraus eine Bestärkung ihrer eigenen Forderungen ableiten. So konnten auch Wirtschaftsakteure auf die in der Agenda 21 betonte Notwendigkeit von wirtschaftlichem Wachstum verweisen und die CDU-geführte Bundesregierung der 1990er-Jahre fühlte sich in ihrer bisherigen Politik bestätigt.²⁵

18 Grunwald/Kopfmüller 2012, 25.

19 Koalitionsvereinbarung 1994, 38.

20 Koalitionsvereinbarung 1994, 14.

21 Koalitionsvereinbarung 1994, 32.

22 Weber 2022, 20.

23 Agenda 21 1992 (Lexikon der Nachhaltigkeit), unpag.

24 Report of the United Nations Conference on Environment and Development 1992, 1.

25 Brand/Jochum 2000, 33.

Wenngleich die Agenda 21 ihren Lesern den Nachhaltigkeitsbegriff mit knapp 670 Nennungen auf 361 Seiten geradezu einpeitschte,²⁶ formulierte sie dabei größtenteils nur Ziele: Mehr Wohlstand, weniger Armut, bessere Gesundheit etc.²⁷ Die Wege dorthin ließ sie offen. In diesem Zug wurde der Begriff *Nachhaltigkeit* in den deutschen Koalitionspapieren zur Auslegungssache. Der Kampf um die Deutungshoheit auf nationaler Ebene war demnach eröffnet.

Nachhaltigkeit als Objekt

Während der Begriff *Nachhaltigkeit* in den Koalitionspapieren von 1957–1994 insgesamt nur neunmal fiel, taucht er in der Koalitionsvereinbarung von 1998 nun schon 26-mal auf.²⁸ Diese Häufigkeit sowie die Verwendung gleich auf der ersten Seite der Präambel deuten bereits darauf hin, dass die SPD-geführte Bundesregierung von 1998 den Begriff *Nachhaltigkeit* zunehmend als politisches Instrument entdeckte.

Eine besondere Herausstellung des ökologischen Aspekts, wie sie vor dem Hintergrund der erstmaligen Regierungsbeteiligung der Partei Bündnis 90/Die Grünen zu erwarten gewesen wäre, lässt sich anhand des Nachhaltigkeitsbegriffs allerdings nicht beobachten. Was jedoch auffällt, ist ein klares Bekenntnis zur Agenda 21:

»Wir orientieren uns am Leitbild der Nachhaltigkeit. Die Agenda 21 ist dafür unsere wichtigste Grundlage. Unser Ziel ist eine nachhaltige, das heißt wirtschaftlich leistungsfähige, sozial gerechte und ökologisch verträgliche Entwicklung.«²⁹

In dieser Passage wird der Begriff *Nachhaltigkeit* zum ersten Mal in dem Koalitions- papier einer Bundesregierung explizit definiert, und zwar anhand des Dreischritts der Nachhaltigkeit aus Ökonomie, Sozialem und Ökologie. Bemerkenswert bei dieser Verwendungsweise ist einerseits die auffallende Ähnlichkeit zur Rhetorik der SPD aus den 1970er-Jahren; andererseits die Tatsache, dass der Begriff auf grammatischer Ebene nun vollends vom Adjektiv zum eigentlichen Objekt und Ziel politischer Bemühungen geworden ist. In diesem Koalitions- papier wird folglich Nachhaltigkeit an sich zum Ziel. In der Rückschau der bisherigen Kapitel zeigt sich demnach auf der diachronen Ebene eine Entwicklung des Begriffs *Nachhaltigkeit* von einem Beiwort, das ein angestrebtes Ziel beschreibt, hin zu etwas Angestrebtem selbst.

26 Vgl. Agenda 21 1992.

27 Pufé 2018, 53.

28 Vgl. Aufbruch und Erneuerung (Koalitionsvereinbarung 1998).

29 Aufbruch und Erneuerung (Koalitionsvereinbarung 1998), 13.

Aufstieg und Aufwertung

In der Koalitionsvereinbarung von 2002 kommt der Begriff *Nachhaltigkeit* daraufhin gleich 81-mal vor, unter anderem im Titel des Dokuments.³⁰ Dieser deutliche Aufstieg zeigt, dass des Nachhaltigkeitsbegriff nun auch in den Koalitionspekten zum Trend geworden war. In der Präambel taucht sogar gleich eine Definition des Begriffs auf, die hilft, die Verwendungsweise seitens der SPD in dieser Zeit zu verstehen: »Nachhaltigkeit. Der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen ist die Voraussetzung zur dauerhaften Sicherung von Gerechtigkeit und Wachstum. Ökonomie und Ökologie gehören für uns zusammen.«³¹ Hier zeigt sich eine deutliche Aufwertung der Ökologie als Notwendigkeit für das Soziale und für die Ökonomie. Möglicherweise lässt sich an dieser Stelle die Handschrift der Grünen als Junior-Partner der Koalition erkennen.

Allerdings wird in der Koalitionsvereinbarung von 2002 noch eine zweite Auffälligkeit deutlich: Abseits von ökologischen Zusammenhängen wird der Nachhaltigkeitsbegriff ebenfalls häufig im ökonomischen Kontext verwendet. So lässt sich beobachten, dass die ökonomischen Aspekte, die zuvor noch in der Rhetorik der CDU aus den 1980er- und 1990er-Jahren dominierten, mit in die Verwendungsweise des Nachhaltigkeitsbegriffs seitens der SPD aufgenommen wurden. Passend dazu wird der Begriff *Nachhaltigkeit* häufig im Kapitel zu Finanzen und Steuern verwendet und kommt darin ähnlich oft vor wie im Kapitel zur Umweltpolitik.³² Im Hinblick auf den Nachhaltigkeitsbegriff zeigt sich also, dass neben der Aufwertung des Ökologischen auch das Ökonomische als Verwendungskontext an Bedeutung gewann.

Die Zweiteilung

Anhand von Schlagworten wie »Nachhaltigkeit praktizieren – Umwelt schützen«³³ aus dem Koalitionsvertrag von 2005 könnte man annehmen, dass der ökologische Fokus des Nachhaltigkeitsbegriffs nun offen auf den Tisch gelegt wurde. Allerdings fällt auf, dass eine solche ökologiebetonte Verwendung des Nachhaltigkeitsbegriffs offenbar umstritten war. So zeigt sich, dass in dem Koalitionsvertrag von 2005 verschiedene Verwendungsweisen des Nachhaltigkeitsbegriffs aufeinandertreffen. Der wichtigste Unterschied: Eine Verwendungsweise schließt die Ökologie mit ein, die andere nicht. So wird die Ökologie in manchen Passagen zunehmend aus dem

³⁰ Vgl. *Erneuerung – Gerechtigkeit – Nachhaltigkeit* (Koalitionsvertrag 2002).

³¹ *Erneuerung – Gerechtigkeit – Nachhaltigkeit* (Koalitionsvertrag 2002), 7.

³² *Erneuerung – Gerechtigkeit – Nachhaltigkeit* (Koalitionsvertrag 2002), 31–35.

³³ *Gemeinsam für Deutschland* (Koalitionsvertrag 2005), 17f.

Begriff *Nachhaltigkeit* ausgeklammert. Umweltschutz und Nachhaltigkeit werden vermehrt als getrennte Faktoren angeführt.³⁴

An anderer Stelle wird die Ökologie wiederum klar einbezogen: Man orientiere sich »am Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung«, somit seien eine intakte Natur, reine Luft und saubere Gewässer die Voraussetzung für hohe Lebensqualität.³⁵ Die Verbindung der Lebensqualität mit der Ökologie ist hier auffallend ähnlich zur Rhetorik der SPD aus den 1970er-Jahren und lässt sich als die Handschrift des Koalitionspartners lesen. Gegenläufige Passagen deuten hingegen auf die Handschrift der CDU. Insgesamt lassen sich in dem Koalitionsvertrag von 2005 also zwei divergierende und bereits konkurrierende Verwendungsweisen des Nachhaltigkeitsbegriffs erkennen.

Die Reduzierung des Begriffs

Die beginnende Konkurrenz der Verwendungsweisen fand im darauffolgenden Koalitionsvertrag von 2009 jedoch keine Fortsetzung, sondern ein (vorerst) jahes Ende. Denn ohne die SPD in der Regierungskoalition ging der Verwendungsweise der CDU der Gegenspieler abhanden. In diesem Zuge erlangte die Begriffskonstruktion *nachhaltiges Wachstum* große Bedeutung, wovon sich erste Beispiele gleich mehrfach in der Präambel des Koalitionsvertrags finden lassen.³⁶ Bemerkenswerterweise handelt es sich dabei um eine Begriffskonstruktion, die schon im Bundestagswahlkampf von 2005 weitgehend auf wirtschaftliches Wachstum reduziert worden war.³⁷ Dass der Nachhaltigkeitsbegriff in dem Koalitionsvertrag von 2009 letztlich kaum noch etwas mit dem Dreischritt aus Ökologie, Ökonomie und Sozialem zu tun hatte, zeigt sich in einem Kapitel zur Luftfahrt. Darin heißt es:

»Die dazu erforderliche Präzisierung im Luftverkehrsgesetz soll eine gleichberechtigte und konsequente Nachhaltigkeitsabwägung von wirtschaftlichen, betrieblichen und dem Lärmschutz geschuldeten Erfordernissen auch bei Nachtflügen sicherstellen.«³⁸

An diesem Beispiel fällt auf, dass die *Nachhaltigkeitsabwägung* nahezu ausschließlich ökonomische Kriterien betrifft. Der ökologische Aspekt der Nachhaltigkeit wurde in dieser Verwendungsweise gänzlich gestrichen. Ähnliches lässt sich im Kontext der

34 *Gemeinsam für Deutschland* (Koalitionsvertrag 2005), 46 und 65.

35 *Gemeinsam für Deutschland* (Koalitionsvertrag 2005), 64f.

36 *Wachstum. Bildung. Zusammenhalt* (Koalitionsvertrag 2009), 6.

37 Rödel 2007, 77.

38 *Wachstum. Bildung. Zusammenhalt* (Koalitionsvertrag 2009), 38.

»nachhaltigen Mobilitätspolitik«³⁹ und im Rahmen des »Internetausbau«⁴⁰ beobachten. Insgesamt zeigt sich in dem Koalitionsvertrag von 2009 somit eine deutliche Reduzierung des Begriffs *Nachhaltigkeit* auf den ökonomischen Aspekt.

»High Noon«

Mit den Reduzierungsversuchen der 2000er Jahre war der Kampf um die Verwendung des Nachhaltigkeitsbegriffs allerdings noch nicht beendet. Nachdem die beiden Verwendungsweisen von SPD und CDU bereits in der Großen Koalition von 2005 miteinander gerungen hatten, trafen sie nun in der Großen Koalition von 2013 noch einmal aufeinander. In dem Koalitionsvertrag stehen sich dabei gleich in der Präambel die Begriffskonstruktionen *nachhaltiges Wohlstandsmodell* und *nachhaltiges Wachstum* gegenüber. Während erstere in einem Zug mit globalen sozialen Ungleichheiten und dem Klimawandel (also sozialen und ökologischen Aspekten) genannt wird, taucht letztere im Kontext von Deutschland als stärkster Volkswirtschaft Europas auf.⁴¹

Deutlich lassen sich im Folgenden die Handschriften von SPD und CDU erkennen: Während der Begriff *Nachhaltigkeit* in manchen Passagen von der Ökonomie getrennt wird⁴², wird er an anderer Stelle wiederum von der Ökologie und dem Sozialen abgegrenzt. Im Kontext der Entwicklungshilfe wird sogar von einer »nachhaltigen, sozialen und ökologischen Entwicklung«⁴³ gesprochen. Hier lässt sich *nachhaltig* nur als *ökonomisch* lesen; ein provokanter Zug. Der Geschichtsenthusiast würde sagen: ein Schriftstück mit Duellcharakter. Und der Vertrag war nicht groß genug für beide: »High Noon«.

Die Renaissance des Dreischritts

Nach der offenen Rivalität der beiden Verwendungsweisen fallen in dem darauffolgenden Koalitionsvertrag von 2018 zunächst zahlreiche Bezüge auf internationale Abkommen ins Auge: Neben deutlichen Bekenntnissen zum Pariser Klimaabkommen⁴⁴ wird die Agenda 2030 als »Richtschnur deutscher Politik«⁴⁵ angeführt. Im Hinblick auf den Nachhaltigkeitsbegriff ist dabei bemerkenswert, dass der soziale

39 *Wachstum. Bildung. Zusammenhalt* (Koalitionsvertrag 2009), 40.

40 *Wachstum. Bildung. Zusammenhalt* (Koalitionsvertrag 2009), 104.

41 *Deutschlands Zukunft gestalten* (Koalitionsvertrag 2013), 7–10.

42 *Deutschlands Zukunft gestalten* (Koalitionsvertrag 2013), 85.

43 *Deutschlands Zukunft gestalten* (Koalitionsvertrag 2013), 127.

44 *Ein neuer Aufbruch für Europa* (Koalitionsvertrag 2018), 58.

45 *Ein neuer Aufbruch für Europa* (Koalitionsvertrag 2018), 18.

Aspekt in der Agenda 2030 eine deutliche Aufwertung erfuhr.⁴⁶ Zudem wurden die drei Kernaspekte der Nachhaltigkeit darin stärker als bisher als untrennbar miteinander verbunden verstanden.⁴⁷ Das Pariser Klimaabkommen von 2015 hob außerdem durch die Einigung auf ein weltweites, rechtlich verbindliches Ziel von Treibhausgasneutralität den ökologischen Aspekt hervor.⁴⁸

Vor dem Hintergrund dieser Rückendeckung durch internationale Abkommen, die Deutschland zuvor unterzeichnet hatte, erhielt die integrative Verwendungsweise der SPD deutlichen Aufwind. In diesem Zug wird der Nachhaltigkeitsbegriff im Koalitionsvertrag häufig der reinen Wirtschaftlichkeit gegenübergestellt und damit von diesem Begriff getrennt.⁴⁹ Stattdessen werden der ökologische und der soziale Aspekt der Nachhaltigkeit explizit betont – als Teil einer umfassenden Nachhaltigkeitspolitik.⁵⁰

Schwerpunkt-Streit

Wer nun aber glaubt, der Kampf um die Deutungshoheit des Nachhaltigkeitsbegriffs sei damit vorbei, der hat weit gefehlt.⁵¹ Zwar beriefen sich in dem anschließenden Koalitionsvertrag von 2021 alle Koalitionspartner gemeinsam auf die Agenda 2030 und nahmen damit deren integrativen Nachhaltigkeitsbegriff an. Doch folgten der Einigkeit über den Dreischritt neue Streitigkeiten über den Schwerpunkt. Das zeigt sich an dem Auftreten bekannter Begriffskonstruktionen wie *nachhaltiges Wirtschaftswachstum*, die an die ökonomiebetonte Verwendungsweise der 2000er Jahre erinnern.⁵² Möglicherweise lässt sich daran die Handschrift des damaligen Koalitionspartners FDP herauslesen.

An wiederum anderer Stelle zeigen sich bekannte Merkmale aus der Rhetorik der SPD. Allein die in der Präambel angestrebte Begründung einer »sozial-ökologischen Marktwirtschaft«⁵³ deutet begrifflich den integrativen Dreischritt des Nachhaltigkeitsbegriffs an. Weiter lassen eingehende Verweise auf die »ökologische Verantwortung«⁵⁴ die Handschrift der Grünen erkennen. Der Kampf um die Deutungshoheit des Nachhaltigkeitsbegriffs ist folglich noch nicht vorbei, sondern wird nur auf neuer Ebene fortgeführt. Von einem Ende kann hier noch nicht die Rede sein.

46 *Transforming Our World 2015*, 17–28.

47 Pufé 2018, 56.

48 Pufé 2018, 59.

49 *Ein neuer Aufbruch für Europa* (Koalitionsvertrag 2018), 8 und 87.

50 *Ein neuer Aufbruch für Europa* (Koalitionsvertrag 2018), 137.

51 Diese These wird vertreten in Rödel 2018, 56–65.

52 *Mehr Fortschritt wagen* (Koalitionsvertrag 2021), 20 und 50.

53 *Mehr Fortschritt wagen* (Koalitionsvertrag 2021), 5.

54 *Mehr Fortschritt wagen* (Koalitionsvertrag 2021), 20.

Fazit

Seit der Begriff *Nachhaltigkeit* in die deutschen Koalitionspapiere Eingang fand, ist sein Inhalt Auslegungssache. Internationale Abkommen verstärkten zwar anfangs und daraufhin immer wieder seine politische und gesellschaftliche Popularität, blieben und bleiben inhaltlich aber lange Zeit vage. Diesen Interpretationsspielraum nutzten deutsche Regierungsparteien aus, um den Nachhaltigkeitsbegriff gemäß ihrer jeweiligen Parteilinie auszulegen, inhaltlich umzuformen und neu zu besetzen. Dabei wurde der Begriff *Nachhaltigkeit* in den deutschen Koalitionspapieren maßgeblich durch zwei parteispezifische Verwendungsweisen geprägt: Einerseits stellte die SPD bereits in ihrer Zukunftsrhetorik der 1970er-Jahre die Kernaspekte späterer Nachhaltigkeits-Konzeptionen heraus und hielt in den Folgejahrzehnten an dieser Rhetorik fest. Ausschlaggebend war dabei der integrative Charakter, der hinter dieser Begriffsverwendung stand und die einzelnen Kernaspekte miteinander verband. Andererseits zeigte sich in der Rhetorik der CDU bereits in den 1980er- und 1990er-Jahren eine Fokussierung auf den Aspekt der Ökonomie, die maßgeblich für die spätere Interpretation und Umdeutung des Nachhaltigkeitsbegriffs in den deutschen Koalitionspapieren wurde. Im Zeitraum der betrachteten Legislaturperioden erweisen sich die Verwendungen des Nachhaltigkeitsbegriffs dabei bei beiden Parteien als bemerkenswert konstant.

Während die SPD den Nachhaltigkeitsbegriff bereits um die Jahrtausendwende als politisch nutzbares Instrument erkannte und in den Koalitionspapieren nutzte, um eigene Ziele zu rechtfertigen, tat die CDU dasselbe in den späten 2000er-Jahren. Dabei deutete letztere den Begriff *Nachhaltigkeit* so um, dass dieser sich zunehmend und letztlich nahezu vollständig von dem ökologischen und sozialen Aspekt löste und mit dem alleinigen Fokus auf den ökonomischen Aspekt als Instrument der Wirtschaftspolitik Verwendung fand. Die Attraktivität des Nachhaltigkeitsbegriffs – auch der Offenheit internationaler Abkommen geschuldet – zeigte sich auch in den Koalitionspapieren der 2010er Jahre, in denen die Verwendungsweisen von CDU und SPD in den Koalitionspapieren direkt aufeinandertrafen. Infolgedessen führten sie den Kampf um die Deutungshoheit des Begriffs *Nachhaltigkeit* so auf gemeinsamem Felde aus. Zwar war die Zweiteilung der Begriffsverwendung schon in dem Koalitionsvertrag der Großen Koalition von 2005 erkennbar geworden, allerdings verschärfe sich diese Situation in den 2010er-Jahren noch einmal deutlich.

Letztlich wurde der Kampf um die Deutungshoheit in dem Koalitionsvertrag von 2021 nicht beendet, sondern auf anderer Ebene fortgeführt. Denn wenngleich sich alle drei Koalitionsparteien darin auf die Agenda 2030 beriefen und sich somit auf den Dreischritt der Nachhaltigkeit als Grundlage einigen konnten bzw. mussten, so lassen sich doch die verschiedenen Handschriften der jeweiligen Parteien daran herauslesen, dass sie den Schwerpunkt ihrer Verwendung auf unterschiedliche Kernaspekte legten. So blieb die Gewichtung innerhalb des Dreischritts von

Ökologie, Ökonomie und Sozialem als Streitpunkt bestehen. Der Kampf um die Deutungshoheit des Nachhaltigkeitsbegriffs geht also weiter.

Literatur

- Agenda 21, in: Lexikon der Nachhaltigkeit. Die Standardreferenz der Jahre 2002–2015 zur nachhaltigen Entwicklung, hg. v. der Aachener Stiftung Kathy Beys, letzte Aktualisierungen 2015. Online unter: https://www.nachhaltigkeit.info/artikel/agenda_21_744.htm (Zugriff: 05.07.2023).
- Agenda 21, Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung Rio de Janeiro, Juni 1992. Abrufbar auf der Website der UN. Online unter: https://www.un.org/depts/german/conf/agenda21/agenda_21.pdf (Zugriff: 01.07.2023).
- Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert. Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Oktober 1998, in: Koalitionsvereinbarungen der SPD auf Bundesebene. Abrufbar auf der Website der Friedrich-Ebert-Stiftung. Online unter: <http://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/downl/koalitionsvertrag1998.pdf> (Zugriff: 03.07.2023).
- Karl-Werner Brand/Georg Jochum, Der deutsche Diskurs zu nachhaltiger Entwicklung. Abschlussbericht eines DFG-Projekts zum Thema »Sustainable Development/Nachhaltige Entwicklung – Zur sozialen Konstruktion globaler Handlungskonzepte im Umweltdiskurs«, München 2000.
- Nikolaus Buschmann, Was uns Nachhaltigkeitsdebatten erzählen. Zur Entstehungsgeschichte eines umkämpften Begriffs, in: Forum Erwachsenenbildung 53 (2020), H. 4, 32–37.
- Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 14. Dezember 2013, in: Quellen und Dokumente zur Erforschung der Geschichte der Christlichen Demokratie. Abrufbar auf der Website der Konrad-Adenauer-Stiftung. Online unter: <https://www.kas.de/documents/252038/253252/Koalitionsvertrag2013.pdf/2f9f5a98-5d12-0987-7f12-aca250c6ea92> (Zugriff: 30.06.2023).
- Die Koalitionsvereinbarungen von CDU/CSU und FDP mit einem Vorwort von Heiner Geißler, in: Union in Deutschland. Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, CDU-Dokumentation (1987), H. 9, 1–32.
- Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 12. März 2018, in: Quellen und Dokumente zur Erforschung der Geschichte der Christlichen Demokratie. Abrufbar auf der Website der Konrad-Adenauer-Stiftung. Online unter: https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/koalitionsvertrag_2018.pdf?file=1. (Zugriff: 30.06.2023).

Erneuerung – Gerechtigkeit – Nachhaltigkeit. Für ein wirtschaftlich starkes, soziales und ökologisches Deutschland. Für eine lebendige Demokratie. Koalitionsvertrag zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die Grünen vom 16. Oktober 2002, hg. v. SPD-Parteivorstand, in: Koalitionsvereinbarungen der SPD auf Bundesebene. Abrufbar auf der Website der Friedrich-Ebert-Stiftung. Online unter: http://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/document/2002_koalitionsvertrag.pdf (Zugriff: 04.07.2023).

Gerd Fritz, Historische Semantik, Stuttgart 1998.

Gemeinsam für Deutschland. Mit Mut und Menschlichkeit. Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vom 11. November 2005, in: Quellen und Dokumente zur Erforschung der Geschichte der Christlichen Demokratie. Abrufbar auf der Website der Konrad-Adenauer-Stiftung. Online unter: <https://www.kas.de/documents/252038/253252/Koalitionsvertrag2005.pdf/16f196dd-0298-d416-oacb-954d2a6a9d8d> (Zugriff: 30.06.2023).

Armin Grunwald/Jürgen Kopfmüller, Nachhaltigkeit. Eine Einführung, Frankfurt a.M./New York² 2012.

Koalitionsvereinbarung 1982 zwischen den Bundestagsfraktionen der CDU/CSU und FDP für die 9. Wahlperiode des Deutschen Bundestages, in: Neue Bonner Depesche (1982), H. 10, 1–8.

Koalitionsvereinbarung für die 13. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages vom 11. November 1994, in: Quellen und Dokumente zur Erforschung der Geschichte der Christlichen Demokratie. Abrufbar auf der Website der Konrad-Adenauer-Stiftung. Online unter: <https://www.kas.de/documents/252038/253252/Koalitionsvertrag1994.pdf/6ca3896a-da76-f841-a1c8-bfd9ae53f648> (Zugriff: 30.06.2023).

Achim Landwehr, Historische Diskursanalyse, Frankfurt a.M. 2008.

Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit, Koalitionsvertrag 2021–2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), Bündnis 90/Die Grünen und den Freien Demokraten (FDP) vom 07. Dezember 2021, in: Koalitionsvereinbarungen der SPD auf Bundesebene. Abrufbar auf der Website der Friedrich-Ebert-Stiftung. Online unter: https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf (Zugriff: 30.06.2023).

Mitteilung für die Presse – »Aufgaben einer neuen Bundesregierung« vom 12. November 1966, in: Quellen und Dokumente zur Erforschung der Geschichte der Christlichen Demokratie. Abrufbar auf der Website der Konrad-Adenauer-Stiftung. Online unter: https://www.kas.de/documents/252038/253252/Koalitionsvertrag1966_GrosseKoalition.pdf/ff41682e-9634-bde7-53c2-6b10359b5bf3 (Zugriff: 10.06.2023).

Iris Pufé, Nachhaltigkeit, Bonn 2018 (Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung).

- Regierungserklärung des Bundeskanzlers Helmut Schmidt vor dem Deutschen Bundestag vom 18. Mai 1974, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung 60 (1974), 593–604.
- Report of the United Nations Conference on Environment and Development (Rio de Janeiro, 3–14 June 1992), in: United Nations A/CONF.151/26 (Vol. I), 12 August 1992. Abrufbar auf der Website der UN. Online unter: https://www.un.org/en/development/desa/population/migration/generalassembly/docs/globalcompact/A_CONF.151_26_Vol.I_Declaration.pdf (Zugriff: 01.07.2023).
- Michael Rödel, »Nachhaltigkeit« – Beobachtungen zur Semantik eines Schlüsselworts, in: Sprachspiegel 63 (2007), H. 3, 70–78.
- , Die Invasion der »Nachhaltigkeit«. Eine linguistische Analyse eines politischen und ökonomischen Modeworts, in: Deutsche Sprache. Zeitschrift für Theorie, Praxis, Dokumentation 41 (2013), H. 2, 115–141.
 - , Nachhaltige Politik? Nachhaltigkeit und nachhaltig im Spiegel der Koalitionsverträge von 1998–2018, in: Sprachreport 34 (2018), H. 3, 56–65.
- Tobias Schlechtriemen, Ideen- und Wissensgeschichte, in: Kluwick, Ursula/Zemanek, Evi (Hg.): Nachhaltigkeit interdisziplinär. Konzepte, Diskurse, Praktiken. Ein Kompendium, Wien/Köln/Weimar 2019, 27–50.
- Transforming Our World: The 2030 Agenda for Sustainable Development, in: United Nations A/RES/70/1, 21 October 2015. Abrufbar auf der Website der UN. Online unter: <https://www.un.org/depts/german/gv-70/band1/ar70001.pdf> (Zugriff: 30.06.2023).
- Wachstum. Bildung. Zusammenhalt. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP vom 26. Oktober 2009, in: Quellen und Dokumente zur Erforschung der Geschichte der Christlichen Demokratie. Abrufbar auf der Website der Konrad-Adenauer-Stiftung. Online unter: <https://www.kas.de/documents/252038/253252/Koalitionsvertrag2009.pdf/83dbb842-b2f7-bf99-6180-e65b2de7b4d4> (Zugriff: 30.06.2023).

